

WO STEHT Europa?

Text Viktória Kery-Erdélyi Fotos Barbara Amon

Populisten, Palmöl & Paneuropäisches Picknick: Warum die EU unabhkömmlich ist, diskutieren der Politologe József Bayer und die ehemalige Europa-Parlamentarierin Christa Prets.

Mehrmals hat man ihm attraktive parteipolitische Positionen angeboten; der anerkannte Budapester Politologe József Bayer, der auch an den US-Universitäten Harvard und Yale studierte und forschte und selbst in Wien eine Gastprofessur bekleidete, lehnte stets ab. Die Pötschingerin Christa Prets blickt auf eine Polit-Karriere zurück; sie startete als Bürgermeisterin, war Landesrätin und zehn Jahre hindurch Europa-Parlamentarierin. Die beiden kannten einander zuvor nicht; wir brachten sie für einen Talk an der symbolträchtigen Grenze zwischen Fertőrákos und St. Margarethen zusammen.

BURGENLÄNDERIN: Seit dem Moment Ihrer Begegnung diskutieren Sie über die Regierung des ungarischen Premiers Viktor Orbán. Wieso boomt der Rechtspopulismus in Europa?

Bayer: Das hängt mit der Wirtschaftskrise seit 2008 zusammen und mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik, die große soziale Ungleichheit schafft. Menschen, denen es sehr

schlecht geht, und solche, denen es sehr gut geht, gibt es in ärmeren und in besser gestellten Ländern. Das schwächt die Legitimität der herrschenden Ordnung und schafft ein Misstrauen gegenüber politischen Eliten. Da kommen diese Demagogen, die den Menschen einreden, die Migranten seien schuld. Dabei wissen wir, dass die Einwanderer – sie machen oft Arbeit, die andere nicht machen – sogar ein Plus für die Volkswirtschaft sind.

Prets: Für die Populisten war die Situation 2015 „hilfreich“; bis heute sind Flüchtlinge ihr ständiges Thema. Dabei registrieren sie nicht einmal, dass die Zahlen zurückgegangen sind. Aber: Wir haben klimatische Veränderungen, Umweltkatastrophen, Hunger und Dürre, natürlich kommen die Menschen, wenn wir das Übel nicht an der Wurzel anpacken. Doch man hat in den vergangenen 20 Jahren die Entwicklungshilfe sogar gekürzt. Dann nutzen wir die Leute auch noch aus: Wir lassen Wälder roden, damit wir Palmöl kriegen, ersticken sie im Plastikmüll und lassen billig produzieren ...

Worum geht es Populisten?

Prets: Um Macht und eine Veränderung der Gesellschaft hin zu einem von oben diktierten Zentralismus.

Bayer: Die Bevölkerung wird in Schach gehalten, indem nationale Gefühle geschürt werden. In Ungarn werden die Menschen mit der Einwanderung eingeschüchert. Dabei wollen die Migranten gar nicht in Ungarn bleiben: die Sprache ist schwer zu erlernen, die Löhne sind niedrig und die emotionale Umgebung ist sehr unangenehm, weil mittels Propaganda gegen Ausländer gehetzt wurde. Ein interessanter Kontrast zu den Ereignissen vor 30 Jahren: Damals hatte Ungarn die UNO-Flüchtlingskonvention unterschrieben und DDR-Flüchtlinge nicht abgeschoben. So begann alles.

Wie haben Sie 1989 erlebt?

Bayer: Ostdeutsche durften nicht in den Westen, in Ungarn trafen sie sich mit Freunden und Familie, auch in meiner Wohnung. Die DDR wollte im Gegensatz zu Ungarn die Gorbatschow'schen Reformen nicht; die Men-



schen hatten die Nase voll. Ein bedeutungsvoller Schritt passierte hier mit dem „Paneuropäischen Picknick“. Es war nicht der politisch entscheidende Schritt, aber ein gutes Symbol. 600 Leute strömten nach Österreich, 350.000 flüchteten bis Jahresende. Wir haben in Ungarn selbst Veränderungen vorangetrieben: die Demokratisierung, Partei-Pluralismus, liberale Reformen in der Wirtschaft ...

Frau Prets, bei Ihnen kommt eine weitere Perspektive hinzu: Sie wuchsen in Deutschland auf...

Ich erinnere mich gut an unsere Berlin-Schulausflüge. Wir hatten Prospekte mit, haben uns Notizen gemacht – bei der Retourfahrt wurde alles an der Grenze abkassiert. Wenn ich bei meiner Großmutter im Burgenland war, hat mich die Nähe des Eisernen Vorhangs erstaunt. Als er fiel, war jeder froh. Kein Mensch hat sich beschwert, dass so viele Flüchtlinge kommen. Es war schön, dass die Menschen endlich ihre Freiheit bekommen haben.

Wie gut gelang das „Projekt“ gemeinsames Europa?

„Wenn wir den Frieden bewahren wollen, müssen wir uns um eine bessere EU bemühen.“

József Bayer, Politologe



SYMBOL. Eine Vielzahl an Denkmälern erinnert bei Fertőrákos an das „Paneuropäische Picknick“. Das stilisierte Tor gefällt dem renommierten Politologen József Bayer am besten – im Gespräch mit Christa Prets, Europa-Parlamentarierin a. D., und Redakteurin V. Kery-Erdélyi.



KRITISCH POSITIV. Die EU wird die Krise überwinden, ist der renommierte Politologe József Bayer aus Budapest – im Bild mit Politikerin Christa Prets – überzeugt. Reformen brauche die Union allerdings schon.

„ In einer sich globalisierenden Welt haben wir nur als vereintes Europa eine Chance.

Christa Prets, ehemalige Europa-Parlamentarierin

→ **Prets:** Schwierig wurde es, als die Kluft spürbar wurde – zwischen dem Wohlstand der einen und dem Wenig-Haben der anderen. Ich erkläre das gerne am Beispiel von Deutschland. Dieses wohlhabende Land hat es noch immer nicht geschafft, die 18 Millionen Ostdeutschen auf den gleichen Stand zu bringen, obwohl sie die gleichen Möglichkeiten haben und enorm viel investiert wurde. Strukturen brauchen viel Zeit, um sich zu verändern.

Wie sehen Sie die Entwicklungen?

Bayer: Wir erlebten eine Transformationskrise: Plötzlich umgab uns die freie Marktwirtschaft, aber Ungarns Unternehmen waren nicht wettbewerbsfähig genug, viele wurden von westlichen Konzernen aufgekauft. Es entstand große Arbeitslosigkeit, bis heute gibt es Regionen, wo früher viel Industrie war und nun Zigtausende Menschen vor sich hinvegetieren. Das schuf ein schlechtes politisches Klima, das die Propaganda rechtsorientierter Parteien zu überbrücken verstand.

In der Vorstellung der Menschen ging Demokratie mit Wohlstand einher. Als diese Vision enttäuscht wurde, wurde das zum Problem für das ganze politische System. 2004 hoffte man auf die EU, spätestens ab der Wirtschaftskrise 2008 blieb auch diese Erwartung unerfüllt. Das führte zur Delegitimierung der linkliberalen Regierung – und zum Sieg der oppositionellen Fidesz-Partei. Die hat dann das politische System so umgemodelt, damit sie ihre Macht nicht verlieren kann: durch Zentralisierung, Erstickung der Pressefreiheit, ausgebreitete Elitewechsel. Man kann heute kaum Schuldirektor sein, ohne der Staatspartei anzugehören. Man äußert sich nicht mehr kritisch, es gibt keine starke Opposition. Die eine solche vertreten könnten, sind ins Ausland gegangen. 600.000 gebildete, junge Menschen sind weg, ein Fünftel der ungarischen Kinder wird im Ausland geboren.

Was bedeutet das alles für den Traum vom gemeinsamen Europa?

Prets: Ich will ihn nicht aufgeben! In einer sich globalisierenden Welt und im wirtschaftlichen Wettbewerb gegenüber China oder den USA haben wir nur als vereintes Europa eine Chance. Die Menschen verändern sich, ohne es zu merken. Sie schimpfen, dass alles so groß wird, gleichzeitig kaufen sie im Internet ein und sind weltweit wirtschaftlich vernetzt. Wir müssen an einer gemeinsamen Zukunft arbeiten, an einem demokratischen Europa, um solche

Strömungen, wie sie jetzt entstehen, eindämmen zu können.

Bayer: Der Brexit zeigt doch klar, dass es fast nicht mehr geht, aus der EU auszuschneiden. Die Integration ist auf vielen Ebenen fortgeschritten; die Länder würden ohne EU schlechter dastehen. Die meisten Ungarn wollen die EU sehr wohl; würde die ungarische Regierung einen Krach mit der Union anzetteln, würde das eine politische Krise auslösen. Selbst die Staatspartei könnte dadurch entzweien.

Ihre Botschaft zur Europawahl?

Prets: Es wird zu wenig erklärt, dass Österreich in allen Institutionen dringensitzt, mitverhandelt und entscheidet. *Die* in Brüssel machen nicht, was sie wollen, es gibt kein Diktat aus Brüssel – wir sind drinnen! Es ist aber wichtig in einer Demokratie, zu wissen: Ich habe die Macht, mitzuentcheiden.

Bayer: Die Europäische Union ist der Garant für den Frieden in Europa; das ist die beste Entwicklung, die nach dem Krieg möglich war. Wenn wir ihn bewahren wollen, müssen wir um eine bessere EU bemüht sein – etwa mit einem sozialen Amt. Es soll nicht nur um demokratische und wirtschaftliche Rechte gehen, sondern auch darum, dass Menschen, die mit ökonomischen Schwierigkeiten kämpfen, Sicherheit und Hilfe erhalten, um weiterzukommen. Das bedeutet politische Arbeit, aber die Europäische Union hätte damit eine größere Legitimation